

Institutionen: Die Liberale Internationale Ordnung

Vanessa M. Holer, Dominik Kugler, Philipp Rinnergschwendtner und Miriam Wichmann

Zusammenfassung

Der Beitrag beschäftigt sich mit der Liberalen Internationalen Ordnung (LIO) als institutionelle Form der weltpolitischen Ordnung. Im Zentrum des Beitrags stehen die Fragen, mit welchen Herausforderungen diese Ordnung gegenwärtig konfrontiert ist, und wie diese Herausforderungen sich längerfristig auf die LIO auswirken. Zur Beantwortung dieser Fragen beschäftigt sich der Beitrag zunächst mit der Theorie konstitutioneller Ordnungen nach G. John Ikenberry und arbeitet die zentralen Wesensmerkmale der LIO heraus, die nach dem Zweiten Weltkrieg von den Vereinigten Staaten etabliert wurde. Danach geht der Beitrag auf die gegenwärtigen Herausforderungen dieser Ordnung ein und diskutiert Szenarien für ihre weitere Entwicklung.

Schlüsselworte: Institutionen; Anarchie; Liberalismus; Demokratie; Liberale Internationale Ordnung

Einleitung

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden erstmals Versuche unternommen, eine globale Ordnung auf Basis von Institutionen und der Herrschaft des Rechts herzustellen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs versuchten die USA aus ihrer Vormachtstellung heraus erneut, eine weltpolitische Ordnung, geprägt von Freihandel, globalen Institutionen, Allianzen und liberalen Werten aufzubauen. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes begann die Phase amerikanischer Unipolarität und der Expansion dieser Ordnung. Nach der Jahrtausendwende begann die Vormachtstellung der USA jedoch zu erodieren und sowohl die Präsidentschaft von Donald Trump als auch die COVID-19 Pandemie schwächten die Füh-

rungsposition der USA innerhalb dieser Ordnung. Gleichzeitig versucht China die neu entstehenden Machtlücken zu füllen.

Dieser Beitrag geht daher der Frage nach, vor welchen Herausforderungen die Liberale Internationale Ordnung gegenwärtig steht und wie sich diese Herausforderungen auf die LIO auswirken. Er beschäftigt sich mit dieser Frage in fünf Schritten. Zunächst wird in einem ersten Schritt auf die Theorie konstitutioneller Ordnungen von G. John Ikenberry eingegangen. In einem zweiten Schritt arbeitet der Beitrag die zentralen Wesensmerkmale der Liberalen Internationalen Ordnung nach 1945 heraus. In einem dritten Schritt setzt sich der Beitrag mit den Herausforderungen für die LIO auseinander und beschreibt in einem vierten Schritt mehrere Szenarien für deren zukünftige Entwicklung. In einem fünften und letzten Schritt fasst das Resümee schließlich die wichtigsten Punkte dieses Beitrags zusammen.

Konstitutionelle Ordnung in der Weltpolitik

Drei Formen internationaler Ordnung

Nach Ikenberry (2001, 23) gibt es drei Arten einer internationalen Ordnung. Die erste ergibt sich aus einer Machtbalance zwischen den Staaten. Verstanden wird darunter eine Ordnung, die von einem fortlaufenden Prozess des *Balancing* unter den Staaten in einem anarchischen System gekennzeichnet ist. Dabei beschreibt *Balancing* das Bemühen eines Staates in einem internationalen System eine asymmetrische Machtverteilung zu verhindern (Ikenberry 2001, 24f)¹. Die zweite Ordnung entsteht durch die Vorherrschaft einer hegemonialen Macht, welche eine Ordnung aufbaut und über diese bestimmt.² Das Staatensystem ist dabei von einer Hierarchie gekennzeichnet. Der Hegemon wendet seine eigenen Machtkapazitäten auf, um die Beziehungen zwischen den Staaten zu bestimmen. Diese beiden Ordnungen werden auch als (neo-)realistische Ordnungen bezeichnet (Ikenberry 2001, 26f).

1 Siehe hierzu auch den Beitrag von Leichter, Rode, und Shabani zu automatischen Machtbalancen.

2 Siehe hierzu den Beitrag von Bielefeld, Thaler, Vieider, und Zambanini zu hegemonialen Ordnungen.

Die dritte Ordnungsform, die Ikenberry in der Weltpolitik identifiziert, ist die konstitutionelle Ordnung. Die Struktur, welche dieser Ordnung zugrunde liegt, ist ebenso ein anarchisches Staatensystem, wobei diese Ordnungsform von Institutionen geprägt ist (Ebd., 29f). Eine Institution ist dabei grundsätzlich definiert als die *Summe aller formellen und informellen Prinzipien, Regeln, Normen und Verfahren*, welche die internationale Ordnung prägen. Der Handlungsspielraum eines Akteurs ist somit nicht nur von seiner relativen Macht im internationalen System, sondern auch von den geltenden Bestimmungen der Institutionen abhängig (Ebd., 16). Da diese Ordnungsform im Fokus dieser Arbeit liegt, wird nun genauer darauf eingegangen.

Die Konstitutionelle Ordnung

Eine Grundvoraussetzung für die konstitutionelle Ordnung ist die Bereitschaft des aus dem vorhergehenden Krieg siegreich bzw. machtvoll hervorgegangenen Staates, eine Nachkriegsordnung zu schaffen, welche von allen Staaten anerkannt wird und somit auch dauerhaft ist (Ikenberry 2001, 52). Durch das Ende eines Krieges wird ein siegreicher Staat möglicherweise mit mehr Macht ausgestattet als die anderen Staaten. Somit kann dieser Staat kurzfristig seine übergeordnete Macht nutzen, um eine Ordnung zu etablieren. Seine Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die anderen Akteure innerhalb dieser Ordnung sind jedoch eingeschränkt, solange die Ordnung nicht von jenen anerkannt wird und ihre Regeln und Normen angenommen werden (Ebd., 53). Dabei muss die Übernahme und Einhaltung der Bestimmungen der Ordnung durch die Akteure freiwillig erfolgen und auf einem breiten Konsens basieren (Ebd., 52), um schlussendlich ein Regelwerk zu schaffen, durch welches die Handlungen der Akteure angeleitet werden (Ebd., 53).

Ein zweites Kriterium ist die Machteinhegung. Institutionen müssen dazu im Stande sein, die Ausübung von Macht zu beschränken. Dies gilt sowohl für machtvolle als auch schwächere Akteure. Eine solche institutionelle Machteinschränkung kann zum Beispiel durch spezifische Verfahren, eine Verfassung oder durch die Aufteilung von Macht passieren. Das Resultat dessen ist einerseits, dass sich der machtvolle Staat dazu verpflichtet, innerhalb dieses institutionalisierten Rahmenwerkes zu handeln und andererseits, dass große Machtunterschiede durch die für

alle gleichermaßen zutreffenden Regeln weniger Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen den Staaten haben (Ebd., 31).

Um Institutionen zu schaffen, muss der stärkere Staat zuallererst einen Kompromiss mit den schwächeren Staaten eingehen (Ebd., 56). Dabei stellt sich die Frage, warum der übermächtige Staat einen Anreiz haben sollte, seine Macht durch einen Vertrag einzugrenzen. Die Antwort darauf ist, dass der Staat ein Interesse an dauerhafter Machterhaltung hat. Eine konstitutionelle Ordnung trägt zur Machterhaltung des machtvollen Staates in zweierlei Hinsicht bei. Einerseits reduziert es die Kosten, die durch die Verantwortung, konstant eine Ordnung aufrecht erhalten zu müssen, entstehen. Die eigenen Interessen stets sichern zu können und aufkommende Konflikte zu lösen bedarf einer kontinuierlichen Anwendung von Macht, die jedoch längerfristig gesehen ressourcenaufwendig ist. Es ist daher günstiger, eine Ordnung herzustellen, in welcher schwächere Staaten Regeln selbstständig befolgen und Prinzipien einhalten, ohne dass der machtvolle Staat auf Zwang (*coercition*) zurückgreifen muss. Denn gerade Zwang löst oft Ressentiments aus und kann das Aufkommen von Widerständen provozieren. Darüber hinaus sichert sich der mächtigere Staat, indem er die anderen Akteure an der Politikgestaltung innerhalb von Institutionen teilhaben lässt, Zuspruch. Zuletzt dürfte der machtvolle Staat einsehen, dass seine überproportionale Macht von kurzer Dauer ist und demnach an einer Verlangsamung des relativen Verlusts seiner (Macht) Kapazitäten interessiert sein (Ikenberry 2001, 56f).

Darüber hinaus gilt es zu klären, welche Anreize schwächere Staaten haben sollten, eben diesen Institutionen beizutreten. Ohne eine institutionelle Ordnung führen Staaten Verhandlungen auf Basis ihrer relativen Macht zu ihren jeweiligen Kontrahenten. Hierbei hätte der hegemoniale Staat einen klaren Vorteil. Die schwächeren Staaten würden also mehr verlieren, als wenn ein machtvoller Staat sich in seiner temporären Machtrolle zurückhält und dafür schwächere Staaten in eine Institution einbezieht. Ferner – sollte der machtvolle Staat seine strategische Machteinschränkung glaubwürdig machen – können die anderen Staaten davon ausgehen, von diesem nicht im Stich gelassen oder dominiert zu werden. Die Staaten können so Ressourcen schonen, die sie unter anderen Umständen für ihre nationale Sicherheit hätten ausgegeben müssen (Ebd., 56f).

Zusammengefasst ergibt sich daraus eine vorteilhafte Situation für beide Seiten. Der machtvolle Staat räumt schwächeren Staaten Teilhabe bei der Einrich-

tung von Regeln ein, um im Gegenzug deren Einverständnis mit den Regeln der Ordnung zu erlangen. Eine Übereinstimmung ist dabei gewissermaßen freiwillig, wodurch der machtvollere Staat Ressourcen einspart, da diese fortan nicht mehr für die Überwachung oder Erhaltung einer friedlichen Staatengemeinschaft ausgegeben werden müssen, und Macht konservieren kann (Ebd., 57).

Um den Status dieser institutionalisierten Kooperation jedoch längerfristig zu erhalten, muss der machtvolle Staat Befürchtungen der schwachen Staaten, von ihm dominiert oder auch im Stich gelassen zu werden, überwinden. Eine essenzielle Aufgabe des machtvollen Staates besteht also darin, die schwächeren Staaten von seiner Glaubwürdigkeit, seinen Überzeugungen und seinem Pflichtbewusstsein in Hinblick auf die Machtausübung zu überzeugen. Der dominierende Staat muss den Eindruck vermitteln, an einer eigenständigen Begrenzung seiner Macht interessiert zu sein.

Ikenberry (2001, 53) stellt hierzu mehrere Strategien vor, welche der Machteinschränkung dienen. Erstens kann der führende Staat für mehr Transparenz hinsichtlich seiner politischen Aktivitäten und Vorhaben sorgen und gleichzeitig schwächeren Staaten eine Teilhabe an der Gesetzgebung ermöglichen, sodass diese einen direkten Einfluss auf die Politikgestaltung ausüben können. Ein Aspekt dessen ist das sogenannte *Bonding*. Dies kann beispielsweise die Festlegung formaler Methoden und Verfahren für die Beilegung bestimmter Konflikte beinhalten. In Hinblick auf kleinere Staaten könnte dies die Miteinbeziehung spezifischer Mechanismen beinhalten, die ein Mitspracherecht bei der Entscheidungsfindung der führenden Staaten sowie bei den Institutionen erlauben (Ebd., 54f).

Sobald ein konstitutionelles Abkommen abgeschlossen wurde, werden sowohl der übergeordnete Staat als auch die untergeordneten Staaten an eine Reihe an Bestimmungen gebunden, wodurch es für beide Seiten schwieriger wird, eine radikale Veränderung hinsichtlich der politischen Ziele und Orientierungen anzustoßen. Dennoch vertreten die Staaten im internationalen Raum oft gegensätzliche Interessen. Das getroffene Abkommen muss daher trotz unterschiedlicher staatlicher Interessen bestehen bleiben und dabei Raum zur Darlegung und Verteidigung dieser Interessen für Staaten bieten, zumindest in einem Ausmaß, welches eine alternative Option außerhalb der Institution unattraktiv machen würde (Ebd., 56). Um dies zu gewährleisten und ein System aufzubauen, welches den strategischen Interessen beider, der führenden, als auch der untergeordneten

Staaten nachkommt, werden Vereinbarungen und Instrumente zur gegenseitigen Überprüfung innerhalb von Institutionen eingesetzt (Ebd., 65). Ikenberry identifiziert hierzu drei Prozesse:

Erstens legen institutionelle Vereinbarungen fest, welche Handlungen für Staaten vertretbar sind, bestimmen jedoch nicht im Voraus, wie Gewinne verteilt werden. Auch ist nicht vorab konkret festgelegt, welche Implikationen die institutionellen Vereinbarungen mit sich bringen, wodurch es für konkurrierende Staaten einfacher ist, ein Abkommen zu schließen (Ebd., 65).

Zweitens führen institutionelle Vereinbarungen oftmals zu intergouvernementalen Verbindungen und Koalitionen. Durch diese zwischenstaatlichen Verhandlungen wird von Staatsvertretern eine ständige Interaktion mit anderen Staaten verlangt. Als eine Folge davon kommt es zu intergouvernementalen Planungs- und Entscheidungsfindungsprozessen und dadurch zu gegenseitigen Abhängigkeiten. Damit einhergehend werden oft bürokratische Einrichtungen und politische Kommunikationskanäle etabliert, wodurch die Verpflichtungen für nationale Vertreter zwar steigen, aber gleichzeitig Kontinuität geschaffen wird. Der Entscheidungsprozess wird somit erweitert und das Zurückziehen oder eigenständige Planen abrupter Änderungen für einzelne Staaten erschwert oder sogar nahezu unmöglich gemacht (Ikenberry 2001, 66).

Drittens können sich bestehende Institutionen durch sogenannte Spillover-Prozesse erweitern und an Autorität gewinnen. Da Institutionen nicht nur zwischenstaatliche, sondern auch innerstaatliche Akteure beeinflussen, können sie sich auf die Kontinuität staatlicher Politik auswirken und Veränderungen am Wesen der innerstaatlichen Institutionen und der Politik bewirken (Ebd., 67).

Als eine Konsequenz der steigenden Kosten eines Austritts aus der Institution oder eines versuchten Umsturzes der Ordnung lässt sich eine Pfadabhängigkeit erkennen. Der Hauptaspekt sind hier die „increasing returns“ (Ebd., 69). Gemeint ist damit, dass Institutionen hohe Entstehungskosten aufweisen. Folglich können neu entstandene, spätere Institutionen schwieriger gegen bereits bestehende Rahmenwerke antreten, da diese, ungeachtet ihrer Effizienz und möglicherweise besseren Vertretung der Interessen ihrer Teilnehmer, erst die Schwelle dieser Entstehungskosten überwinden müssen. Zweitens weist eine Institution über die Zeit hinweg Lerneffekte auf, womit sie einer jungen Institution gegenüber überlegen ist (Ebd., 70f).

Die Liberale Internationale Ordnung nach 1945

Prägend für die Debatte um eine neue Ordnung nach 1945 waren vor allem die Schlüsse, die aus dem Versuch von 1919, erstmals eine institutionelle Ordnung zu schaffen, gezogen werden konnten. Bereits das Friedensabkommen 1919 inkludierte die bis dato umfassendste öffentliche Debatte über Prinzipien und Organisationen in der Nachkriegsordnung. Die USA ging 1919 als führende Macht hervor (Ikenberry 2001, 117). Der Plan des damaligen US-Präsidenten Woodrow Wilsons war es, die Gemeinschaft demokratischer Staaten in einer Werte- und Regel-basierten Gemeinschaft zu vereinen und eine weltweite Organisation, den Völkerbund („League of Nations“) zu etablieren. Er wollte die wirtschaftliche Macht der USA nutzen, um ein Nachkriegsabkommen zu schaffen. Der Völkerbund sollte die USA in ihrer Macht eingrenzen sowie Frieden in Europa herstellen und demnach ein Kriterium einer institutionellen Ordnung erfüllen. Wilson vertrat die Meinung, dass es einen organisierten Frieden braucht (Ikenberry 2001, 124f). Auf seiner Reise nach Europa im Jahr 1918 verkündete er seine liberalen Prinzipien zur längerfristigen Erhaltung eines Friedens: Offene Diplomatie, Abrüstung, Freiheit der Meere, Freihandel, Selbstfestlegung für Minderheiten und die Formierung des Völkerbundes. Er versuchte diese Werte zu vergegenwärtigen und einen breiten ideologischen und moralischen Konsens darüber zu erreichen (Ebd., 155). Das Problem war jedoch, dass es keine politischen Anreize und keine glaubwürdigen Sicherheitsgarantien, kein Angebot der USA, wirtschaftlicher oder militärischer Natur, gab. Dies führte unter anderem zu Befürchtungen Großbritanniens und Frankreichs, von den USA im Stich gelassen zu werden (Ebd., 140f).

1945 befanden sich die USA erneut in einer machtvollen Position, allerdings waren ihre Möglichkeiten, die Nachkriegsordnung zu gestalten, nun weitaus größer. Sie gingen aus dem Krieg mit enormen militärischen als auch wirtschaftlichen Fähigkeiten hervor. Dennoch beabsichtigen die USA, institutionelle Abmachungen mit anderen Staaten zu treffen. Auch die Regierungschefs europäischer Staaten sahen angesichts der starken Machtungleichheiten einen großen Nutzen in einem Abkommen, welches die Macht der USA einschränken würde. Von amerikanischer Seite her wurden nun auch Kompromissvereinbarungen getrof-

fen, um eine europäische Beteiligung an multilateralen Nachkriegsinstitutionen zu erreichen (Ikenberry 2001, 164f).

Die Grundprinzipien für diese nachfolgende Liberale Internationale Ordnung wurden erstmals von dem damaligen amerikanischen Präsidenten F.D. Roosevelt und dem britischen Premierminister Winston Churchill in der Atlantik Charta 1941 festgelegt. In dieser wurde vereinbart, dass die Siegermächte keine weitere territoriale Ausdehnung anstreben würden, die Bevölkerung im Rahmen des Selbstbestimmungsrechtes über ihre Staats- und Regierungsform frei entscheiden dürfe, wirtschaftliche Zusammenarbeit durch offene Märkte und freien Handel von Rohstoffen gefördert werde und nicht nur der Einsatz von Gewalt unterbunden, sondern auch militärische Mittel abgerüstet werden sollen (Maull 2020, 6).

Wissenschaftler wie Mazarr et al. (2017, 29), Kundnani (2017, 2) oder Ikenberry (2001, 164) identifizieren dabei vor allem drei Säulen der LIO: Sicherheit, Wirtschaft sowie Rechtsnormen, beispielsweise zur Festlegung von allgemeinen Menschenrechten. Jeder dieser Bereiche umfasst dabei eine Reihe an globalen Institutionen, geteilten Interessen und internationalen Normen (Mazarr et al. 2017, 28), welche zur wirtschaftlichen Stabilität, zur Verbreitung der liberalen Werte, zur Begrenzung von Aggression und zur gemeinsamen Lösung von Konflikten und Herausforderungen beitragen sollen (Ebd., 29).

Ordnungsbildende Prozesse im Bereich der Sicherheit hatten vor allem zwei Ziele: Aggression zu unterbinden und Proliferation einzudämmen. Die Anwendung militärischer Mittel sollte beschränkt werden, um Kriege zu verhindern (Mazarr et al. 2017, 29). Die Handlungen von Staaten sollten nicht mehr nur von ihrer relativen Macht gegenüber anderen Akteuren, sondern unabhängig davon auch von Regeln bestimmt sein (Kundnani 2017, 4). Dazu wurden Institutionen geschaffen, an welche Regierungen zumindest teilweise Souveränitätsrechte abgeben. Ein Kernbereich waren Abkommen zur Kontrolle von Atomwaffen (Ikenberry 2001, 176). Als ein weiteres Beispiel einer Sicherheitsordnung kann auch das Seerechtsübereinkommen von 1948 genannt werden, welches besonders im Gebiet des Südchinesischen Meers zur Regelung von Konflikten herangezogen wird (Kundnani 2017, 4).

Weiters wurden Allianzen wie die North Atlantic Treaty Organisation (NATO) gebildet. Der erste NATO-Generalsekretär Lord Ismay äußerte sich zur NATO als ein Bündnis mit Ziel „to keep the Russians out, the Germans

down , and the Americans in“ (Deudney und Ikenberry 1999, 5). Obwohl die NATO dadurch ein klares sicherheitspolitisches Ziel hatte und sich größtenteils als Verteidigungsallianz präsentierte, weist sie dennoch komplexe Strukturen auf, wodurch die Staaten an die Organisation gebunden werden. Sie ermöglicht eine gemeinsame militärische Planung und internationale militärische Strukturen in Kombination mit einem gemeinsamen politischen Entscheidungsprozess (Deudney und Ikenberry 1999, 5). Wichtig ist dabei auch, dass die NATO, trotz der erheblichen Unterschiede in Bezug auf die Größe und die militärische Macht der verschiedenen Bündnispartner, wichtige Grundsätze, wie jene, dass alle Partner den gleichen formalen Status innerhalb der Institution haben, Diskriminierung verboten ist und Entscheidungen im Konsens getroffen werden, vereint. Obwohl die USA die mit Abstand größte Macht unter den Allianzpartnern war, erfolgten gegenseitige Absprachen, welche die Auswirkungen von Machtasymmetrien in Verhandlungsprozessen verkleinerten (Ikenberry 2001, 197ff).

Reformen im Bereich der Weltwirtschaft waren eine Reaktion auf die wirtschaftliche Rivalität und die politischen Turbulenzen der 1930er Jahre sowie auf den daraus resultierenden Weltkrieg. Die Schaffung einer Ordnung, welche wirtschaftliche Stabilität und Sicherheit bietet, stellte ein zentrales Ziel der amerikanischen Strategen dar. Dabei sollten wirtschaftliche Beziehungen zwischen Staaten grundsätzlich auf dem Prinzip des Liberalismus aufgebaut sein (Kundnani 2017, 5), mit einer kapitalistischen Ordnung als Grundlage, in der die einzelnen Regierungen wirtschaftliches Wachstum erzielen und Stabilität erreichen können. Das Ziel dahinter würde eine offene, jedoch regelgeleitete Wirtschaftsordnung sein, welche den Regierungen die notwendigen Instrumente und Ressourcen zur Verfügung stellt, um dann die jeweilige wirtschaftliche Situation eigenständig bewältigen zu können (Ikenberry 2001, 190f).

Darüber hinaus bekräftigte Präsident Harry S. Truman das amerikanische Bekenntnis zu einem „Wirtschaftsfrieden“ bestehend aus Zollsenkungen als auch Regeln und Institutionen für den Freihandel (Ikenberry 2001, 171). Bei der Beilegung wirtschaftlicher Differenzen würden die Interessen aller berücksichtigt und eine faire und gerechte Lösung gefunden werden. Alle Länder sollten dabei gleichermaßen Zugriff auf die Rohstoffe der Erde haben und Freihandel und internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet sollten global umgesetzt werden (Ikenberry 2001, 173; Glaser 2019, 59). Dennoch muss angemerkt wer-

den, dass Handelsbeziehungen in der frühen Nachkriegszeit trotz der Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) noch wenig liberalisiert waren und es erst mit dem Ende des Kalten Krieges und der Gründung der World Trade Organisation (WTO) zu einer globalen Ausbreitung der Prinzipien wirtschaftlichen Liberalismus' kam (Kundnani 2017, 5). Bei der Beschreibung der Liberalen Internationalen Wirtschaftsordnung ist deshalb auch die WTO die zentrale globale Organisation, neben einigen transatlantischen Zusammenschüssen, dem IMF, der Weltbank, der Europäischen Union sowie Organisationen zur Entwicklungshilfe und mehreren regionalen Abkommen des Freihandels (Mazarr et al. 2017, 29).

Herausforderungen und Kritik der Liberalen Internationalen Ordnung

Seit einiger Zeit wird darüber diskutiert, ob und inwiefern die oben beschriebene Liberale Internationale Ordnung herausgefordert wird. Die Herausforderungen und Probleme, mit welchen die LIO konfrontiert ist, sollen nun dargelegt werden. Im Wesentlichen lassen sich globale bzw. systemische Herausforderungen und innerstaatliche Herausforderungen, welche die USA als Hegemon betreffen, unterscheiden. Zu den systemischen Herausforderungen zählen die Folgen des Endes des Kalten Krieges, die Auswirkungen der globalen Finanzkrise ab 2008 und die Entwicklungen rund um die Corona Pandemie (Börzel und Zürn 2021, 285). Beide Ebenen betrifft das Wachstum illiberaler Bewegungen, die den Grundwerten der LIO fundamental gegenüberstehen. Innerstaatliche Herausforderungen, welche die USA als Hegemon betreffen, sind die gescheiterten Militärinterventionen und Demokratisierungsversuche sowie die Trump Administration und deren Folgen. Zusätzlich dazu findet sich Kritik am Status-Quo-Bias der LIO. Außerdem wird diese Ordnung dafür kritisiert, dass sie stark divergierende Meinungen beinhaltet, wer Teil der Ordnung ist und wer nicht.

Systemische Herausforderungen

Das Ende des Kalten Krieges und dessen Folgen

Der Niedergang und Zerfall der Sowjetunion sowie die daraus resultierende Unipolarität mit den USA an der Spitze und die Ausbreitung der LIO, brachte für die LIO große Herausforderungen mit sich. Durch den Zerfall fehlte eine Macht, die die USA *balancen* konnte, wodurch sich die Frage ergab, wie die USA mit dieser Situation umgehen würden. Im Speziellen lassen sich dabei zwei Langzeiteffekte feststellen, die zu einem Machtverlust der USA führen und somit auch die bisherige Funktionsweise der LIO bedrohen. Zum einen eine Krise der Governance und Autorität (Ikenberry 2018b, 18) und zum anderen der mögliche Wandel von einer Unipolarität hin zu einer Bi- oder Multipolarität. Nach dem Kollaps der UdSSR etablierte sich die USA als mächtigster Staat der Welt. Daher gab es auch keinen Wettbewerb im Sicherheitsbereich zwischen Großmächten mehr. Die USA erhielten in ihren Bemühungen als führender Staat die Unterstützung von den liberalen Demokratien in Ostasien und Westeuropa, ihre Vorstellung einer konstitutionellen Ordnung umzusetzen (Mearsheimer 2019, 17ff).

Während des Kalten Krieges waren die Staaten der LIO relativ geeint in ihren Zielen, standen auf derselben Seite im Kalten Krieg und konnten Differenzen durch Verhandlungen aus dem Weg schaffen. Mit dem Ende des Kalten Kriegs traten mehr Staaten dieser Ordnung bei, die aber neue Ideen und Vorstellungen hatten, wie die Ordnung funktionieren sollte, einen anderen Entwicklungsstand hatten und aus sehr verschiedenen Regionen stammten. In Kombination mit dem Auftreten neuer globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel oder dem globalen Terrorismus, wurde die bisherige Arbeitsweise der Liberalen Ordnung in Frage gestellt. Dies führte dazu, dass die bisher gut funktionierenden Arbeitsweisen geschwächt wurden, es aber gleichzeitig noch keine neuen Verhandlungsvereinbarungen dafür gab, wie man in Zukunft miteinander arbeiten sollte. Daraus resultiert eine geschwächte und ineffiziente LIO, die auf der Suche nach einer neuen funktionierenden Arbeitsweise ist, aber gleichzeitig durch die Ideen und Machtambitionen neuer Staaten eingeschränkt wird (Ikenberry 2018b, 19).

Manche dieser neuen Staaten der LIO stellen aber nicht nur die Arbeitsweise in Frage, sondern auch die Machtverteilung, im Speziellen die hegemoniale Stel-

lung der USA in einem unipolaren System. Mearsheimer (2019, 17f) sieht darin einen der Hauptgründe für den Niedergang von internationalen Systemen, die auf nur einer Ideologie aufgebaut sind – im Fall der LIO ist es der Liberalismus. Durch die Unipolarität hat der Hegemon Interesse daran, seine Ideologie zu verbreiten, stößt dabei aber auf Widerstand, der hauptsächlich nationalistische und balance-of-power Ursachen hat. Der Widerstand veranlasst den Hegemon dazu, seine Bestrebungen zur Verbreitung seiner Ideologie aufzugeben, wodurch sich die Ordnung in eine agnostische Ordnung verwandelt. Ebenso können aber auch neue Großmächte mit anderen Ideologien aufsteigen, die das unipolare System in ein bi- oder multipolares System wandeln. Dadurch verliere die LIO großen Einfluss und wäre dadurch nur noch eine Ordnungsform neben anderen.

Status-Quo-Bias & Missinterpretation

Zusätzlich kommt es zu einem Status-quo-Bias, bei dem die Ordnung als wünschenswert erachtet wird. Veränderungen, die sich im internationalen System ergeben, werden durch den Wunsch, den derzeitigen Status beizubehalten, falsch eingeschätzt oder gar nicht bemerkt (Glaser 2019, 82). Innerhalb der Ordnung unterscheidet sich die Wahrnehmung der wichtigen Elemente der LIO zur Wahrnehmung jener Staaten, die außerhalb dieser Ordnung sind. So werden beispielsweise Allianzen oft von außenstehenden Staaten als Orte für Wettbewerb und Bedrohung wahrgenommen. Diese verschiedenen Wahrnehmungen könnten schlussendlich zu einer Spirale an Fehlwahrnehmungen und falschen Reaktionen führen, weil dieselbe Situation missinterpretiert wird (Ebd., 83). Als Beispiel hierfür kann die Expansion der NATO durch die USA in Richtung der osteuropäischen Staaten betrachtet werden (Glaser 2019, 83; Romanova 2018, 83). Das Gebiet der Allianz expandierte in Richtung Osten, ohne dabei auf die Bedenken und negativen Implikationen für Russland einzugehen. Ein ähnliches Szenario ergibt sich durch die US-Japanische Allianz für China. Dabei wird Japan mehr Verantwortung zugesagt, weshalb für China eine Bedrohung in nächster Nähe entsteht (Glaser 2019, 83).

Globale Finanzkrise ab 2008

Eines der Kernelemente der Liberalen Internationalen Ordnung ist eine offene und globale Handelspolitik, die die Vormachtstellung der USA sichern sollte (Ikenberry 2018b, 15f). Eine große Herausforderung stellte deshalb die Finanzkrise der späten 2000er Jahre, welche zu einer Rezession führte und das Wirtschaftswachstum stagnieren ließ. Die Liberale Ordnung galt lange Zeit als ein Wohlstandsgarant, der für Wirtschaftswachstum sorgte. Mit der Finanzkrise ab 2008 brach die Wirtschaft in den USA und anderen Staaten der Liberalen Ordnung ein, wodurch dieses Image verloren ging und eine Mitgliedschaft in dieser Ordnung unattraktiver wurde. Das könnte dazu führen, dass sich die Mitglieder alternativen Ordnungsformen anschließen, welche neuerdings Wohlstand und Wirtschaftswachstum garantieren können. Dies führe zu einem Machtverlust der USA, was ihren Verbleib an der Spitze der Liberalen Ordnung gefährden könnte (Ebd., 20f).

COVID-19 Pandemie

Die dritte globale Herausforderung, mit welcher die LIO konfrontiert ist, ist die COVID-19 Pandemie, die seit Dezember 2019 zuerst China und inzwischen die ganze Welt betrifft. Um die Verbreitung des Virus zu verhindern, setzten Staaten Maßnahmen, die stark in die Grund- und Freiheitsrechte eingriffen. Huang (2020, 10ff) sieht davon ausgehend drei Entwicklungen, die die LIO gefährden, wie sie bis dahin bestand. Erstens nutzen autokratische Herrscher die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, um weiter die Rechte der Bevölkerung einzuschränken und autokratische Strukturen zu stärken. Dies geschieht vor allem durch Notstandsgesetze, welche eine umfangreichere Kontrolle der Bevölkerung ermöglicht. Dafür wurde in China und Russland etwa die Verwendung von Gesichtserkennungssoftware ausgebaut und in Ungarn wurde dem Premierminister Victor Orbán durch das Notstandsgesetz ermöglicht, auf unbestimmte Zeit über Dekrete zu regieren, was er nutzte, um kritisch berichtende Journalisten verhaften zu lassen. Die erfolgreichere Pandemiebekämpfung autokratischer Staaten und die schlechte Performance demokratischer Staaten nutzten autokratische Herrscher zudem aus, um auf die Überlegenheit ihrer Ideologie aufmerksam zu

machen. Diese Entwicklung könnten manche aufstrebende Staaten nutzen, um ihre illiberalen Werte zu verbreiten.

Zweitens sieht Huang (2020, 13ff) durch die Pandemie einen Nährboden für Nationalismus, da Staaten bei der Pandemiebekämpfung auf nationalstaatliche Lösungen setzen, anstatt durch internationale Kooperation die Lage in den Griff zu bekommen. Diese Entwicklung wird durch nationalistische und populistische Politiker befeuert. Vor allem die Grenzschießungen sorgten dafür, dass das Vertrauen in nationale Institutionen gestiegen ist, was zu einem Anstieg an Nationalismus in autokratischen und demokratischen Staaten geführt hat. Weiters wächst u. a. in den USA der Nationalismus, da dort China direkt für die Verbreitung des Virus verantwortlich gemacht wird. Der Anstieg nationalistischer Sichtweisen und der Erfolg nationalstaatlicher Lösungen bedrohen die LIO, welche auf internationale Zusammenarbeit und globale Problemlösung setzt.

Als dritten Punkt identifiziert Huang (2020, 17ff) den verstärkten Wettbewerb zwischen den Großmächten. Im Laufe der Pandemie hat sich die USA weiter von ihrer Hegemonialstellung in der LIO entfernt, während gleichzeitig die Solidarität zwischen den Staaten der EU allmählich untergraben wurde. Die Lücken, die durch diese Entwicklungen entstanden sind, versucht China zu nützen, um die eigene Macht weiter auszubauen. Vor allem die wirtschaftlichen Ambitionen stoßen bei der USA auf Widerstand, wodurch die USA im Laufe der Pandemie zunehmend feindseliger gegenüber China wurde. Die EU hingegen versuchte einen Mittelweg mit China zu finden, da China zwar ein starker wirtschaftlicher Partner ist, aber versucht, die eigene Ideologie in Europa zu verbreiten, welche den europäischen Werten kaum ähnelt. Diese verstärkte „great power competition“ unterstützt die LIO zwar in ihrem Ideal eines freien und offenen Handels, bedroht aber gleichzeitig die liberalen Werte, welche durch illiberale herausgefordert werden. Zudem erschwert die zunehmend feindselige Haltung der USA gegenüber China eine Kooperation auf internationaler Ebene.

Wachstum illiberaler Bewegungen

Eine weitere Herausforderung lässt sich sowohl global als auch in den USA beobachten – das Wachstum illiberaler Bewegungen, die den Grundwerten der LIO diametral gegenüberstehen. Ursprünglich sorgte die LIO für (wirtschaftliche)

Sicherheit unter ihren Mitgliedern und deren Bevölkerung, was eine Art „security community“ (Adler und Barnett 1998) Identität schaffte. Durch den Fortschritt der Moderne und der Globalisierung in anderen Staaten sowie die zunehmende Mobilität der Menschen zwischen den Staaten ging diese Identität aber allmählich verloren (Ikenberry 2018b, 20f). Dies führte dazu, dass sich die Menschen unsicher fühlen und sich dadurch illiberalen Bewegungen zuwenden, die nationalistische, populistische und xenophobe Werte und Ideologien vertreten. Diese Bewegungen stehen im Kontrast zu den Werten, auf denen die LIO gegründet wurde und seit jeher besteht, und bedroht zudem die Demokratie in den europäischen Staaten sowie der USA (Ikenberry 2018b, 18).

Gelingt es nicht diese Herausforderung in den Griff zu bekommen, könnte sich die LIO in eine Illiberale Internationale Ordnung wandeln oder ein Konflikt zwischen liberalen und illiberalen Staaten entstehen. Einerseits kommt es zu Konflikten mit anderen Staaten, andererseits entstehen durch die Präferenzierung von internationalen Institutionen vor innenpolitischen Überlegungen Konfliktfelder zwischen der staatlichen Souveränität und nationalen Identität auf der einen Seite und der Hyperglobalisierung als zweite, in direkter Konkurrenz stehende Seite auf (Mearsheimer 2019, 7f).

Innerstaatliche Herausforderungen

Militärische Interventionen

Eine Herausforderung, die direkt auf die Stellung der USA als Hegemon zurückzuführen ist, sind die etlichen, meist erfolglosen militärischen Interventionen und Demokratisierungsversuche, welche die USA seit dem Ende des Kalten Krieges unternommen hat. Vor allem der Nahe und Mittlere Osten mit den gescheiterten Interventionen in Afghanistan und dem Irak schwächten die Position der USA als militärischer Hegemon. Sie sorgten zudem für eine Verbreitung anti-westlicher und anti-amerikanischer Sentiments und scheiterten daran diese Region in die LIO zu integrieren. Stattdessen förderten sie durch ihr militärisches Einschreiten illiberale Werte in dieser Region. Ebenso eine Rolle spielt der Bürgerkrieg in der Ukraine, an dessen Rande Russland und die EU/NATO in einen

Konflikt gerieten. Russland könnte diesen Konflikt nutzen, um Unmut zwischen den Mitgliedsstaaten der NATO zu sähen und diese Allianz zu schwächen (Mearsheimer 2019, 29). Durch diese Entwicklungen wird die militärische Macht der USA und deren Verbündeten geschwächt. Ebenso könnten andere Staaten, wie Russland oder China, die Chance nutzen, um ihre eigene Macht auszubauen und ihre eigene Ideologie zu verbreiten.

Die Trump Administration und ihre Folgen

In den USA schwächte die Wahl und Politik der Trump Administration die Position der USA in der Liberalen Ordnung. Die populistische und globalisierungskritische Rhetorik habe zwar Anfangs bei weiten Teilen der US-Bevölkerung Anklang gefunden haben, jedoch befürchtet Stokes (2018, 149f), dass die dadurch einhergehende isolationistische Politik die USA viel Prestige gekostet haben könnte und sogar an einigen Grundfesten der Liberalen Ordnung gerüttelt hat (Ebd., 147). Mearsheimer (2019, 29f) sieht durch die isolationistische Politik auch Risse in den transatlantischen Beziehungen mit der NATO und der EU entstehen. Trumps Aussage im Wahlkampf 2016, wonach die NATO obsolet sei, zeigt seine ablehnende Haltung gegenüber der Liberalen Internationalen Ordnung. Diese Aussage veranlasste auch die EU, die Wahl Trumps als eine Gefahr für die EU einzustufen, wodurch die Beziehungen zur USA weiter beschädigt wurden. Die schwächelnde Beziehung gepaart mit einer neuen isolationistischen Politik könnte die Verbreitung der Grundwerte der LIO erschweren. Dadurch hätten andere aufstrebende Staaten, wie z. B. China, einen größeren Handlungsspielraum bekommen, der wiederum die zukünftigen Handlungsmöglichkeiten der USA beschränken würde. Gleichzeitig könnten aber diese aufstrebenden Staaten versuchen, illiberale Werte ohne großen Widerstand von Seiten der USA zu verbreiten (Stokes 2018, 150).

Die Zukunft der Liberalen Internationalen Ordnung

Ist die Liberale Internationale Ordnung nun aufgrund dieser zahlreichen Herausforderungen dem Untergang geweiht? Diese Frage wird in der Literatur kontrovers diskutiert und findet sowohl Befürworter als auch Gegner. Im Allgemeinen ist anzunehmen, dass die LIO weiterbesteht, wenn die USA und ihre Verbündeten es schaffen, die LIO zu reformieren und Frieden zu bewahren, wirtschaftliche Umverteilung zu fördern, eine bessere Repräsentation zu sichern und die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen (Alcaro 2018, 165ff; Ikenberry 2018b, 8). Dennoch könnte es innerhalb der Ordnung zu einigen Veränderungen kommen, welche anhand von zwei Szenarien beschrieben werden.

Im ersten Szenario spielen die oben erwähnten externen und internen Herausforderungen zwar eine Rolle, allerdings stellen sie keine Gefahr für eine Übernahme durch einen illiberalen Staat wie China oder die Gründung eines geopolitischen Blocks der Staaten des globalen Südens dar (Ikenberry 2018b, 17; Anno 2018, 193f). Die LIO besteht schon zu lange und hat zu starken Einfluss auf die Weltpolitik genommen, als dass sie aufgrund einer aktuellen Schwäche in der US-Hegemonie einfach verschwinden würde. Zwar ist die Liberale Internationale Ordnung in einer Krise, aber durch das Fehlen einer konkurrierenden Ordnung ist die Ablösung der LIO unwahrscheinlich. Trotzdem wird der Versuch von einigen Staaten, wie Russland und China, unternommen, den eigenen Einflussbereich zu erweitern, indem sie eine wichtigere Rolle in der internationalen Ordnung einnehmen. Allerdings wäre die Etablierung von illiberalen statt liberalen Prinzipien ein zu großer Schritt, der ebenso unwahrscheinlich ist. Wahrscheinlicher ist es, dass die USA und deren liberale Verbündete weiterhin an Einfluss verlieren. Dies hat wiederum zur Folge, dass die Fähigkeit, die Liberale Internationale Ordnung zu verteidigen, eingeschränkt wird (Ikenberry 2018b, 17; Anno 2018, 193f).

Das zweite Szenario des Fortbestands der LIO differenziert zwischen drei Ebenen: der militärischen Ebene, der wirtschaftlichen Ebene und der Ebene der transnationalen Beziehungen. Zusätzlich wird China als der größte Herausforderer der USA betrachtet. Demnach hätten die USA auf militärischer Ebene zwar eine unipolare Stellung, befanden sich aber auf wirtschaftlicher Ebene mit Japan, Europa und China immer schon in einem multipolaren System. Diese wirtschaft-

liche Ebene sei auch die einzige, auf welcher den USA die Vorreiterrolle durch China streitig gemacht werden kann. Eine Ablöse der USA auf militärischer Ebene sowie ein fortlaufender „American Decline“ werden wiederum negiert. Stattdessen besteht eine Gefahr durch Isolation und Abkapselung gegenüber anderen Staaten, welche durch eine übertriebene Reaktion auf Terroranschläge, politischen Gridlock oder ausufernde Schulden hervorgerufen wird (Nye 2021, 4-11).

Diesen zwei Szenarien steht allerdings auch eine entgegengesetzte Sichtweise gegenüber, die einen Zerfall der Liberalen Ordnung als realistischer erachtet. Hierbei können wiederum drei Szenarien unterschieden werden: zunehmendes regionales Balancing und die Entstehung von regionalen Subsystemen, der Aufstieg illiberaler Bewegungen sowie eine mögliche Zunahme von Konflikten als Machtdemonstration. Diese Szenarien schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern ergänzen sich vielmehr.

Das erste Szenario ist die Zunahme von regionalem Balancing. Durch regionales Balancing würden entweder regionale Subsysteme entstehen, die die bisherige globale Ordnung unterwandern oder Subsysteme, die zwar innerhalb der LIO sind, aber illiberale Werte vertreten (Alcaro 2018, 165ff). Dadurch könnten neue Koalitionen zwischen Staaten entstehen, welche eine Neuverteilung von Macht anstreben und neue Institutionen gründen, welche dann eine offene und regelbasierte, aber post-amerikanische und post-westliche Ordnung schaffen könnten. Die USA und deren westliche Verbündeten würden dann innerhalb dieser neuen, womöglich multipolaren Ordnung weiter existieren, hätten aber nicht mehr jene Macht, die Ordnung nach ihren Wünschen zu gestalten, wie sie es jetzt tun (Ikenberry 2018b, 8). Hierbei besteht ein hohes Potenzial für neue Großmächte in China und Russland (Boyle 2016, 40f; Lind und Wohlforth 2019, 74ff), für regionale Großmächte in Indien, Brasilien, Ägypten, Iran, Türkei und Südafrika und für einflussreiche Staaten, die durch Öl zu Macht gekommen sind, wie z. B. Saudi-Arabien, Katar und Nigeria (Boyle 2016, 40f).

Das zweite Szenario schließt an das erste Szenario an. Der weltweite Vormarsch von illiberalen Bewegungen, welche den Grundwerten der LIO widersprechen, bedroht die Stellung der liberalen Werte innerhalb der Ordnung. Durch den Verlust der hegemonialen Stellung der USA würden die illiberalen Bewegungen weltweit weiter an Bedeutung gewinnen und dadurch eine illiberale Ordnung entstehen lassen. Diese illiberale Ordnung wäre dann geprägt von Nationalismus,

Protektionismus und regionalen Großmächten, die über eigene Einflussphären verfügen würden (Boyle 2016, 36ff). Es könnte auch vorkommen, dass liberale Staaten sich repositionieren, um besser von der Ordnung profitieren zu können anstatt an einer Änderung des Systems zu arbeiten. Staaten, in denen die liberalen Werte bisher nicht etabliert sind, könnten hingegen an einer outside-in bzw. inside-out Strategie arbeiten, die es ermöglicht, regionale Rivalitäten zu managen. Dies würde allerdings die LIO schwächen, da sich diese Staaten die Vorteile beider Seiten sichern könnten, ohne dabei sich den Grundwerten des LIO zu verschreiben (Alcaro 2018, 165ff).

Das dritte Szenario sieht die Möglichkeit der Zunahme von Konflikten voraus. Da die USA von vielen Staaten als eine Bedrohung für ihre fundamentalen Interessen wahrgenommen werden, könnten einige Staaten versuchen, durch lokale Unruhen und Konflikte an Macht zu gelangen, was in einer Multipolarität enden könnte. Aus der Sicht der USA sei diese Entwicklung bedenklich, da sich diese neuen Mächte als Verteidiger gegen die Aggressionen der USA wahrnehmen und versuchen ihre Institutionen zu verteidigen. Das könnte dazu führen, dass liberale Werte, die mit der USA assoziiert werden, abgelehnt werden, wodurch die Ordnung generell weniger liberal und mehr von Machtdemonstrationen dominiert wird. (Alcaro 2018, 165ff; Boyle 2016, 43).

Resümee

Zusammenfassend kann man drei Ordnungsformen nach Ikenberry (2001) identifizieren. Die beiden Ordnungsformen, die durch Machtbalance zwischen Staaten oder durch die Vorherrschaft einer hegemonialen Macht entstehen, können die Rolle und Wichtigkeit von internationalen Institutionen nicht beschreiben. Hierfür gibt es konstitutionelle Ordnungen. Um von einer solchen sprechen zu können, müssen drei Kriterien erfüllt werden. Das erste Kriterium besteht aus einem generellen Einverständnis über Prinzipien und Regeln. Zweitens kommt es durch Institutionen zur Einhegung der Macht, wobei der Grad der Konstitutionalisierung das Ausmaß der Machteinhegung beeinflusst und somit variieren kann. Letztlich zeigt sich als drittes Kriterium die Notwendigkeit, Regeln und Institutionen in das politische System einzubetten, wodurch die Abänderung dieser

vermieden wird. Die zentralen Elemente der konstitutionellen Ordnung bestehen in konstitutionellen Abkommen, der Einhegung von Macht und Strategien, Bindung an Institutionen und in der Pfadabhängigkeit.

Dieser Beitrag argumentiert, dass die LIO einer Reihe an Herausforderungen gegenübersteht und in verschiedenen Bereichen kritisiert wird. Dabei lässt sich feststellen, dass diese Herausforderungen sowohl auf globaler bzw. systemischer Ebene als auch auf innerstaatlicher Ebene in den USA auftreten können. Von globaler Bedeutung sind die Folgen des Kalten Krieges, der Status-Quo-Bias, die wirtschaftlichen Auswirkungen seit der Finanzkrise im Jahr 2008 und jüngste Entwicklungen der Corona-Pandemie. Das Wachstum illiberaler Bewegungen betrifft beide Ebenen. Die Werte, die diesen Bewegungen zugrunde liegen, stehen im harschen Kontrast zur LIO. Auf der innerstaatlichen Ebene lassen sich gescheiterte Militärinterventionen und Demokratisierungsversuche sowie die Trump Administration und deren Folgen identifizieren.

Der letzte Abschnitt beschäftigte sich mit der Zukunft der Liberalen Internationalen Ordnung. Hierbei können drei Szenarien des Niedergangs und zwei Szenarien des Fortbestandes identifiziert werden. Die drei Szenarien des Niederganges befassen sich mit regionalem Balancing, das zu einem Aufstieg neuer Großmächte und Regionalmächte führt, dem Vormarsch illiberaler Bewegungen, welche den Grundwerten der LIO fundamental gegenüberstehen und den Zusammenhalt innerhalb der Ordnung gefährden, sowie der Zunahme von Konflikten, welche sich gegen die USA als Aggressor richten und als Machtdemonstration neuer Mächte benutzt werden. Im Gegensatz dazu beurteilen die zwei Szenarien des Fortbestandes die Herausforderungen weniger problematisch. Einerseits habe die LIO bereits einen zu starken Einfluss auf die Weltpolitik ausgeübt, um einfach abgelöst zu werden und andererseits habe die USA zwar auf militärischer Ebene eine unipolare Stellung, die sie auch behalten wird, aber auf wirtschaftlicher Ebene konkurrierte die USA immer schon in einem multipolaren System. In Anbetracht dieser fünf Szenarien ist anzunehmen, dass die LIO weiter fortbestehen wird. Allerdings wird es notwendig sein, die bestehenden Herausforderungen anzugehen und für eine inklusivere und offenere LIO einzustehen sowie einen Machtverlust der USA in einigen Bereichen anzuerkennen.

Weiterführende Quellen

Fortbestand der LIO: *Why the Liberal World Order Will Survive* von G. John Ikenberry (2018a) geht der Frage auf den Grund, wie sich die Weltordnung durch den Aufstieg neuer nicht-westlicher Staaten verändern wird. Werden die neuen Mächte an der LIO festhalten oder diese durch eine neue Ordnung ersetzen? Im Gegensatz zur realistisch hegemonialen Perspektive, die einen Konflikt zwischen dem schwächelnden Westen und dem Rest der Welt voraussagt, kommt der Autor zu einem anderen Schluss. Selbst wenn die USA an hegemonialer Macht verlieren würde, sind die liberal internationalen Charakteristiken bereits zu stark verankert, um vollkommen abgelöst werden zu können.

Ikenberry, Gilford John. 2018a. „Why the Liberal World Order Will Survive.“ *Ethics & International Affairs* 32 (1): 17–29. DOI: 10.1017/S0892679418000072.

COVID-19 und die LIO: *The Pandemic and The Transformation of Liberal International Order* von Qingming Huang (2021) handelt von den Herausforderungen, mit denen die Liberale Internationale Ordnung in Folge der COVID-19-Pandemie konfrontiert ist und der Rolle Chinas in diesem Zusammenhang. Dabei konzentriert er sich auf drei Aspekte: die zunehmende Autokratisierung und die dadurch eingehende Verdrängung liberaler Werte, die Ausnutzung von Nationalismus durch nationalistische und populistische Politiker, um gegen internationale Institutionen Stimmung zu machen, und den verstärkten Wettbewerb zwischen Großmächten, vor allem zwischen dem Westen und China, innerhalb der LIO.

Huang, Qingming. 2021. „The Pandemic and the Transformation of Liberal International Order.“ *Journal of Chinese Political Science* 26 (1): 1–26. DOI: 10.1007/s11366-020-09698-0.

U.S. Außenpolitik in der LIO: *A Flawed Framework: Why the Liberal International Order Concept Is Misguided* von Charles L. Glaser (2019) betrachtet die US-Außen- und Sicherheitspolitik aus der Sicht der Liberalen Internationalen Ordnung und welche Probleme damit einhergehen. Aus einer kritischen Perspektive sieht der Autor die LIO als nicht ausreichend zur Erklärung der US-Außenpolitik an. Er geht sogar so weit, die LIO als gefährlich in manchen Bereichen anzusehen, da sie durch die derzeitige geopolitische Situation voreingenommen ist.

Aus seiner Sicht ließen sich die Probleme der LIO durch eine „Grand Strategy“ Perspektive vermeiden. Während der Arbeit geht der Autor auch häufig auf die Rolle Chinas ein, ein Staat, der den USA die Rolle als Hegemon streitig machen könnte, wenn man weiter auf eine LIO Sichtweise beharrt.

Glaser, Charles L. 2019. „A Flawed Framework: Why the Liberal International Order Concept Is Misguided.“ *International Security* 43 (4): 51–87. DOI: 10.1162/isec_a_00343.

Rassismus, Nationalismus und die LIO: In *Racism and Antiracism in the Liberal International Order* von Zoltán I. Búzás (2021) geht es um das Verhältnis der Liberalen Internationalen Ordnung zum Thema Rassismus und Anti-Rassismus. Dem Autor zufolge ist die Gleichheit aller Ethnien ein wesentlicher Aspekt der LIO, welcher einen Konflikt zwischen zwei konkurrierenden Regimen birgt. Zum einen eine traditionelle Koalition, welche auf ethnischer Ungleichheit und ethnischem Nationalismus basiert, und zum anderen eine transformative Koalition, die die Gleichheit aller Ethnien sowie einen nicht-ethnischen Nationalismus verfolgt. Das Ergebnis dieses Konfliktes sei, dass die LIO in Zukunft mehr von Rassismus oder Anti-Rassismus geprägt sein wird.

Búzás, Zoltán I. 2021. „Racism and Antiracism in the Liberal International Order.“ *International Organization* 75 (2): 440–63. DOI: 10.2139/ssrn.3687398.

Literaturverzeichnis

Adler, Emanuel und Michael Barnett, Hrsg. 1998. *Security Communities*. Cambridge: Cambridge University Press.

Alcaro, Riccardo. 2018. „Contestation and Transformation. Final Thoughts on the Liberal International Order.“ *The International Spectator* 53 (1): 152–67. DOI: 10.1080/03932729.2018.1429533.

Anno, Tadashi. 2018. *National Identity and Great-Power Status in Russia and Japan: Non-Western Challengers to the Liberal International Order*. Politics in Asia. 1. Auflage. Abingdon-on-Thames: Routledge.

Börzel, Tanja A., und Michael Zürn. 2021. „Contestations of the Liberal International Order: From Liberal Multilateralism to Postnational Liberalism.“ *International*

- Organization* 75 (2): 1–24. DOI: 10.1017/S0020818320000570.
- Boyle, Michael J. 2016. „The Coming Illiberal Order.“ *Survival* 58 (2): 35–66. DOI: 10.1080/00396338.2016.1161899.
- Búzás, Zoltán I. 2021. „Racism and Antiracism in the Liberal International Order.“ *International Organization* 75 (2): 440–63. DOI: 10.2139/ssrn.3687398.
- Deudney, Daniel, und Gilbert John Ikenberry. 1999. „The Nature and Sources of Liberal International Order.“ *Review of International Studies* 25 (2): 179–96. <https://www.jstor.org/stable/20097589>.
- Glaser, Charles L. 2019. „A Flawed Framework: Why the Liberal International Order Concept Is Misguided.“ *International Security* 43 (4): 51–87. DOI: 10.1162/isec_a_00343.
- Huang, Qingming. 2021. „The Pandemic and the Transformation of Liberal International Order.“ *Journal of Chinese Political Science* 26 (1): 1–26. DOI: 10.1007/s11366-020-09698-0.
- Ikenberry, Gilford John. 2001. *After Victory*. Princeton, NJ: Princeton University Press. <https://press.princeton.edu/books/hardcover/9780691192840/after-victory>.
- . 2011. „The Future of the Liberal World Order: Internationalism After America.“ *Foreign Affairs* 90 (3): 56–68. <https://www.jstor.org/stable/23039408>
- . 2018a. „Why the Liberal World Order Will Survive.“ *Ethics & International Affairs* 32 (1): 17–29. DOI: 10.1017/S0892679418000072.
- . 2018b. „The End of Liberal International Order?“ *International Affairs* 94 (1): 7–23. DOI: 10.1093/ia/iix241.
- Kundnani, Hans. 2017. „What is the Liberal International Order?“ *Liberal International Order Project* 17: 1–10. <https://www.gmfus.org/news/what-liberal-international-order>.
- Lind, Jennifer, und William Curti Wohlforth. 2019. „The Future of the Liberal Order Is Conservative: A strategy to save the system.“ *Foreign Affairs* 98 (2): 70. <https://www.foreignaffairs.com/articles/2019-02-12/future-liberal-order-conservative>.
- Mauß, Hanns W. 2020. „Die internationale Ordnung: Bestandsaufnahme und Ausblick.“ *SIRIUS – Zeitschrift Für Strategische Analysen* 4 (1): 3–23. DOI: 10.1515/sirius-2020-1002.
- Mauß, Hanns W., Hrsg. 2018. *The Rise and Decline of the Post-Cold War International Order*. Oxford: Oxford University Press.
- Mazarr, Michael J., Astrid S. Cevallos, Miranda Priebe, Andrew Radin, Kathleen Reedy, Alexander D. Rothenberg, Julia A. Thompson, und Jordan Willcox. 2017. *Measuring*

- the Health of the Liberal International Order*. Santa Monica, CA: RAND Corporation. <https://apps.dtic.mil/sti/pdfs/AD1085724.pdf>.
- Mearsheimer, John J. 2019. „Bound to Fail: The Rise and Fall of the Liberal International Order.“ *International Security* 43 (4): 7–50. DOI: 10.1162/isec_a_00342.
- Nye, Joseph S. Jr. 2010. „The Futures of American Power – Dominance and Decline in Perspective.“ *Foreign Affairs* 89 (2). <https://heinonline.org/HOL/Page?handle=hein.journals/fora89&id=896&div=&collection=>.
- Romanova, Tatiana. 2018. „Russia’s Neorevisionist Challenge to the Liberal International Order.“ *The International Spectator* 53 (1): 76–91. DOI: 10.1080/03932729.2018.1406761.
- Stokes, Doug. 2018. „Trump, American Hegemony and the Future of the Liberal International Order.“ *International Affairs* 94 (1): 133–50. DOI: 10.1093/ia/iix238.